

# eintauschen

## Neues Boko-Haram-Video

Weltweit läuft im Internet die Solidaritätskampagne „BringBackOurGirls“ für 234 in Nigeria von Islamisten verschleppte Schülerinnen. Gestern gab es ein Lebenszeichen von einem Teil der Mädchen: Anführer Abubakar Shekau sagt in dem Video, die Mädchen seien zum Islam konvertiert und würden nur freikommen, wenn im Gegenzug alle inhaftierten Islamisten freigelassen würden. Kämpfer von Boko Haram hatten, wie berichtet, Mitte April eine Schule im Nordosten Nigerias überfallen und 276 Schülerinnen verschleppt. Einigen Mädchen ist die Flucht gelungen, 223 werden noch immer vermisst.

Vor einer Woche entführte die Gruppe elf weitere Mädchen. Die USA, Großbritannien und Frankreich schicken inzwischen Polizei- und Militärexperten nach Nigeria, um bei der Suche nach



Die Entführung der nigerianischen Mädchen hat eine weltweite Welle der Solidarität ausgelöst. Foto: epa/Boibma

den Mädchen zu helfen. Die nigerianische Regierung war unter starken internationalen Druck geraten, weil sie nur zögerlich auf die Entführung reagiert hatte.

irunere deutsche Spitzendiplomat Wolfgang Ischinger soll für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) neben einem Ukrainer als Ko-Moderator fungieren (siehe S. 7). Doch die Tragfähigkeit dieses Strohhalmes wurde sogleich arg strapaziert. Denn die Separatisten machen schon Nägel mit Köpfen: Die Region Donezk bat Russland um den Anschluss, obwohl diese Frage gar nicht Gegenstand des Referendums gewesen war. Auch in Lugansk erwägen die Separatisten diesen Schritt. Die für 25. Mai angesetzte Präsidentschaftswahl wollen die pro-russischen Aktivisten

dem Stufenplan der EU-Staaten nur infrage, sollten russische Truppen in der Ukraine einmarschieren. Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) warnte davor, dass solche Sanktionen „definitiv auch uns treffen würden“.

„**Ich glaube nur, wir sollten uns Wirtschaftssanktionen nicht herbeisehen. Sie würden nicht nur Russland treffen, sondern definitiv auch uns.**“



Außenminister Sebastian Kurz

## Mahnwache für Entwicklungshilfe

Österreichische Hilfsorganisationen haben am Montag eine 100 Stunden andauernden Mahnwache aus Protest gegen Budgetkürzungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (EZA) gestartet. Kürzungen bei der EZA seien „unterlassene Hilfeleistung“ der Regierung, kritisierte Christoph Schweifer, Generalsekretär und Leiter der Auslandshilfe der Caritas. Außenminister Sebastian Kurz hatte zwar für heuer Kürzungen abwenden können, 2015 soll der Budgetposten für EZA aber nur rund 65 Millionen Euro betragen, 12 Millionen weniger als 2014.